

Fair wirtschaften – anders wachsen

Vortragsmanuskript von Dr. Wolfgang Kessler

Geht es nach Politik, Wirtschaft und vielen Medien, sind wir verrückt. Wir fragen nach fairem Wirtschaften und anderem Wachstum. Dabei läuft doch alles gut. In Deutschland kaufen die Konsumenten wie verrückt, die Banken machen wieder Gewinne, die Zahl der Beschäftigten ist so hoch wie nie, die Steuereinnahmen sprudeln. Auch in den USA wächst die Wirtschaft. In den Schwellenländern ist der Lebensstandard von 500 Millionen Menschen in den vergangenen 15 Jahren stark gestiegen. Und die Zahl der weltweit Armen steigt zumindest nicht mehr oder geht, je nach Berechnung, sogar zurück. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung empfiehlt schon Anleihen aus Schwellenländern. Lohnt es sich da überhaupt, über Alternativen nachzudenken, über ein faires Wirtschaften oder über eine andere Art des Wachstums? Ich meine: Es lohnt sich nicht nur, es ist dringend notwendig.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Ich bin zwar seit 30 Jahren Journalist, aber ich habe trotzdem nichts gegen gute Nachrichten. Ich finde weniger Arbeitslosigkeit und höhere Staatseinnahmen auch besser als steigende Massenarbeitslosigkeit und ständige Sparprogramme. Und wer wäre nicht froh über die Botschaft, dass es Millionen Menschen im Süden besser geht.

Wer aber glaubt, die Probleme der deutschen Wirtschaft oder gar der Weltwirtschaft wären damit auch nur annähernd gelöst, lässt sich täuschen oder will getäuscht werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise war und ist Ausdruck einer Zeitenwende. Längst schafft das traditionelle Wirtschaften nach dem Muster »immer mehr Arbeiten, immer mehr Produzieren, immer mehr Konsumieren, koste es, was es wolle« mehr Probleme als es löst. In reichen Ländern wie in Deutschland, in vielen Ländern des Südens und weltweit. Trotz relativ guter Wirtschaftsdaten wird die Kluft zwischen Reich und Arm auch in den Industrieländern immer größer. In Deutschland gelten 15 oder 16 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet. Die zehn Prozent reichsten Menschen besitzen zwei Drittel des Geldvermögens, die unteren 50 Prozent teilen sich ein Prozent. Drei Millionen sind trotz aller statistischen Tricks arbeitslos, acht bis neun Millionen verdienen weniger als acht Euro pro Stunde. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dies das Bild in fast allen Industriestaaten.

Weltwirtschaftlich ist sich diese Kluft noch größer. Zwar haben 500 Millionen Menschen von der Globalisierung profitiert. Doch gleichzeitig lebt eine Milliarde von weniger als 1,25 Dollar pro Tag – und damit schlechter als jede Kuh in der Europäischen Union, die mit 2,66 Dollar subventioniert wird. 0,1 Prozent der Menschheit besitzt 80 Prozent des Weltvermögens.

Und diese Ungleichheit ist nicht nur moralisch ein Problem, sondern auch ökonomisch. Zwar gibt es seit der Finanzkrise mehr Regeln für die Banken. Aber mit dem globalen Reichtum wird spekuliert wie eh und je. Und schneller denn je. Bis zu 100.000 Wertpapiere werden verkauft die Börsen pro Sekunde. Kein Mensch ist daran beteiligt, nur Software. Schattenbanken wie Hedgefonds treiben den Reichtum wie eh und je unkontrolliert über den Globus. Der Aufschwung von Wirtschaft und Aktienkursen ist dem billigen Geld der Zentralbanken geschuldet. In dem Augenblick, in dem die Zentralbanken die Zinsen erhöhen, droht vielen Staaten die Zahlungsunfähigkeit, flieht das Kapital in dreistelliger Milliardenhöhe aus den

Schwellenländern. Und das schlimmste: Während das Geld weltweit nach Rendite jagt, fehlt es in Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen – vom globalen Kampf gegen Hunger und Massenarmut ganz zu schweigen.

Gleichzeitig breitet sich auch im Süden und im Osten der Welt jener industrielle Turbo-kapitalismus aus, den die Industrieländer zur Perfektion entwickelt haben: Industriekombinate, Kohlekraft, Atomkraft und die rastlose Ausbeutung von Rohstoffen mit allen Folgen für die Arbeitskräfte und für die Natur. Natürlich haben alle Menschen so lange das Recht auf diesen industriellen Wirtschaftsstil, solange wir uns das Recht nehmen. Andererseits sind die Folgen dramatisch: Die endlichen Rohstoffe werden knapp, trotz neuer Ausbeutungs-Techniken, das Klima wird aufgeheizt, es gibt Kriege um Rohstoffe, Millionen Menschen fliehen aus ihrer Heimat oder werden durch Landnahme vertrieben.

Obwohl die Probleme offensichtlich sind, werden sie von Politik und Wirtschaft verdrängt. Zu stark sind die Triebkräfte der kapitalistischen Wachstumswirtschaft, in der die Unternehmen im Konkurrenzkampf um die höchst möglichen Renditen für ihre Eigentümer ringen, in der die Finanzmärkte dieses Wachstum durch billiges Geld antreiben. Zu stark ist der Drang der Schwellenländer und ihrer Eliten, möglichst schnell zu Industrieländern zu werden.

Diesen Wachstumskräften unterwerfen sich auch die Regierungen der Industrieländer. Oft genug mit den Wirtschaftseliten eng verflochten, starren sie auf ein möglichst hohes Bruttoinlandsprodukt – und dabei auf jenen Maßstab, der jede wirtschaftliche Leistung als Wohlstand misst, wenn sie nur bezahlt wird – obwohl sie damit auch die ökologische Zerstörung zum Wohlstand rechnen. Und obwohl die soziale Verteilung im Bruttoinlandsprodukt keine Rolle spielt.

2014 zeigt sich ein Rückfall des politischen und wirtschaftlichen Denkens. Die Finanzkrise scheint vergessen. Es gilt wieder: Möglichst viel arbeiten, produzieren, konsumieren. Während Klimakonferenzen scheitern, lechzen die Verantwortlichen nach globalem Freihandel wie nach dem zweiten Weltkrieg. Da haben es die Anhänger alternativer Strategien schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. Zwei radikale Gegenstrategien spüren dies besonders:

Da ist zum einen die Postwachstums-Ökonomie a la Niko Paech oder Angelika Zahrt. Sie setzen auf weniger Produktion, weniger Konsum, mehr Zeit statt mehr Geld, mehr kollektiven Konsum statt individuellem Konsum, mehr Eigenarbeit statt industrieller Arbeit, mehr Kleinräumigkeit, weniger Arbeitsteilung. In einer Gesellschaft, die die Umwelt zerstört und die Rohstoffe hemmungslos ausbeutet, ist diese Strategie nur konsequent. Doch unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen sind diese Forderungen nicht politikfähig. Und zwar deshalb nicht, weil sie unter den hiesigen Strukturen zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Krise führen würden.

Auch der noch verbliebene Anti-Kapitalismus tut sich schwer. Nach der Finanzkrise hatte er für kurze Zeit das Momentum auf seiner Seite. Aber dann stellte sich heraus, dass es zwar einige gute theoretische Ansätze, aber keine breite gesellschaftliche Kraft gibt, um diese Ansätze umzusetzen. Und selbst in den meisten linken Theorie-Debatten streiten sich ökologische und soziale Prioritäten: Die einen wollen eine nicht-kapitalistische Postwachs-

tumsökonomie, die Mehrheit hängt aber eher an der alten Theorie der Steigerung der Produktivität, um die Ergebnisse dann gerechter und demokratischer zu verteilen.

Die einzige Strategie, die diskussionsfähig scheint, heißt: grünes Wachstum. Auch wenn es vielen nicht gefällt, sei gesagt: Es ist eine wichtige Strategie, da sie bei den herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen ansetzt – und versucht, durch neue Techniken und neue Rahmenbedingungen Ressourcen zu sparen. Diese Strategie ist wichtig, weil sie als einzige in der Lage scheint, auch das noch ungehemmte Wachstum der Schwellenländer umweltverträglicher zu gestalten. Das ist die eine Seite.

Gleichzeitig trägt diese Strategie die Selbsttäuschung in sich: Oft werden technische Fortschritte durch Wachstum einfach aufgeessen – man hat ein spritsparendes Auto, fährt dafür aber mehr. Das Problem ist, dass diese Strategie mit den Triebkräften des Wachstums arbeitet und deshalb von diesen getrieben wird. So ist denn diese Strategie wichtig, sie reicht aber als Alternative nicht aus. So stehen ein faires Wirtschaften und ein anderes Wachstum derzeit nicht hoch im Kurs. Bleibt da überhaupt noch etwas außer Verzweiflung? Ich meine: Ja. Denn auf meinen vielen Reisen sind mir einige Ansätze begegnet, die allesamt in der herrschenden Wachstumswirtschaft ansetzen, aber durchaus sozial und ökologisch darüber hinaus denken. Machen wir also eine Reise:

Und beginnen in Basel: Dort führt die Kantonsregierung seit 14 Jahren vor, wie Ressourcen verteuert und deshalb gespart werden – ohne dass sie sozial Schwächeren besonders bluten müssen. Die Kantonsregierung erhebt eine Abgabe von 25 Prozent auf den Strompreis. Sie sackt das Geld jedoch nicht ein, sondern zahlt es an Bürger und Unternehmen zurück. Und zwar gerecht: Mitte des folgenden Jahres erhält jeder Bürger, vom Baby bis zum Greis, und jedes Unternehmen für jeden Arbeitsplatz den gleichen Betrag ausbezahlt. Da alle den gleichen Betrag erhalten, versuchen sie, möglichst wenig Strom zu verbrauchen, um möglichst stark von der Rückzahlung zu profitieren. Das Ergebnis: Seit Jahren geht der Stromverbrauch der Hochindustriestadt jährlich zurück – und der Ökobonus sorgt dafür, dass die Einsparung sozial gerecht geschieht. Fair und anders – das geht.

Reisen wir in die Oberpfalz und treffen Ernst Schärtl und Armin Bräutigam, zwei von knapp 300 Mitgliedern eine Energiegenossenschaft. Sie betreibt Solar- und Windkraftanlagen. Es ist eine von 650 Energiegenossenschaften, die in den vergangenen drei Jahren gegründet wurden. Sie investieren nicht in erster Linie in die eigene Rendite, sondern in die Energiewende. Diese Genossenschaften haben die großen Energiekonzerne ein Stück weit entmachtet. Und sie zeigen ein anderes Unternehmerbild: Bürger machen Wirtschaft. Und dies läuft auch anderswo. Es gibt inzwischen wieder neue Wohnungsbau-Genossenschaften. Wer wohnt, ist Mitbesitzer. Keine Angst vor Spekulanten und Mieterhöhungen. Auch anderswo gilt: Wo die Beschäftigten ihr Unternehmen besitzen, haben qualitative Ziele Vorrang. Das gilt für die Flachglas Wernberg GmbH in Weiden als Belegschaftsunternehmen ebenso wie für die größte Genossenschaft der Welt Mondragon: Beide Unternehmen konnten auch in Krisenzeiten fast alle Arbeitsplätze halten.

Reisen wir weiter zu Bas van Abel. Er ist Niederländer und Industriedesigner. Aber kein gewöhnlicher. Er hat das erste faire Smartphone entworfen. Die Waag-Stiftung bewies damit großen Mut: Sie drang bei chinesischen Zulieferern auf existenzsichernde Löhne – und kontrolliert sie. Und sie kauft Rohstoffe aus zertifizierten Minen. Dabei machen es sich die

Initiatoren des Fair-Handys nicht einfach. Sie versuchen, die herrschenden Lieferketten zu humanisieren. Doch genau dies macht die Initiative so spannend. Sie versucht nichts weniger als einen ökofairen Welthandel. Die ersten Fairphones wurden ausgeliefert.

Aus einer anderen Initiative, ist bisher leider nichts geworden. Ecuadors Regierung hat angeboten, auf die Ölförderung in einer riesigen Urwaldregion zu verzichten, wenn die Weltgemeinschaft dafür bezahlt. Staatspräsident Raffael Correa wollte auf die Ausbeutung der 7,2 Milliarden Dollar schweren Ölvorkommen unter der Yasuni-Region verzichten, wenn die Weltgemeinschaft ihm die Hälfte dieser Einnahmen erstattet. Bisher ist dies nicht geschehen – und jetzt droht die Gefahr von Ölbohrungen im Yasuni-Park. Damit hätte die Weltgemeinschaft einige riesige Chance auf eine neue Priorität in der Weltpolitik verpasst: Nämlich Geld zu bezahlen, damit nichts zerstört wird. Das wäre wahrlich neu.

Anderswo geschieht dies. Im Himalayastaat Bhutan probt die Regierung eine Alternative zum Bruttoinlandsprodukt. Ich habe den Verantwortlichen des Königs für das Bruttosozialglück, DASHO KARMA URA, gefragt, warum er das tue. Er antwortet: Wir wollen nicht einfach nur mehr produzieren und konsumieren, wir wollen mehr Glück für die Menschen. Und er misst es sogar. Mit 72 Indikatoren, darunter Gesundheit, Bildung, sozialer Zusammenhalt, Zeit für Meditation oder Naturschutz. Und auf der Grundlage dieser abgefragten Indikatoren macht Bhutan Politik. Natürlich sind diese Indikatoren umstritten. Die Regierung macht auch schwere Fehler, zum Beispiel im Umgang mit Zuwanderern. Aber im Vergleich zu anderen so genannten Entwicklungsländern schneidet das Land gut ab: Mit Gesundheit und Bildung für alle, Klimaneutralität und einem höheren materieller Lebensstandard als in den Schwellenländern Indien oder Indonesien.

Viele werden sagen: »Das sind doch alles Einzelbeispiele. Das sind doch Inseln im Meer des Gewinnmaximierungs-Kapitalismus.« Das stimmt. Allerdings zeigen sie zweierlei: Zum einen zeigen sie, dass einzelne Menschen, einzelne Politiker, einzelner Regierungen etwas verändern können. Und sie zeigen, dass faires Wirtschaften und ein anderes Wachstum keine Utopien bleiben müssen. Auf all diesen Inseln führen die Verantwortlichen das Kunststück vor, bei den herrschenden Bedingungen anzusetzen, um dann ein Stück weiter zu gehen: zu Fairness und zu alternativem Wachstum. Damit führen sie im Kleinen vor, was auch in der großen Politik möglich wäre: Nämlich bei den herrschenden Bedingungen anzusetzen und dann ein Stück weiter zu denken – hin zu Rahmenbedingungen für ein faires Wirtschaften, für ein anderes Wachstum.

Stellen Sie sich für eine Viertelstunde vor, die Politik würde wirklich Veränderungen wollen – dann bieten sich fünf Schritte an:

1: Ein aktiver Staat organisiert Fairness

Der vielfach geforderte Rückzug des Staates aus der Wirtschaft hat einen hohen Preis: Immer Weniger erhalten immer mehr. Dies gilt es umzukehren. Es braucht den Mut, hohe Vermögen, hohe Einkommen, hohe Erbschaften und den Luxuskonsum konsequent zu besteuern. Um dieses Geld dorthin zu investieren, wo es der freie Markt, der freie Finanzmarkt nie hinlenkt: in Kindergärten, Schulen, in Gesundheit und Pflege, in Forschung und Entwicklung; in eine umweltverträgliche Energiewende, in den ökologischen Verkehr, in die biologische Landwirtschaft. Der Staat muss dafür sorgen, dass ein Mindestmaß an Grundversorgung erschwinglich bleibt: Wasser, Energie, Kultur, Bibliotheken, Sportzentren,

Jugendarbeit. Das schafft Arbeit und die Chance, den individuellen Konsum zurückzudrängen.

2: Ein Ökobonus für ein anderes Wachstum

Stellen Sie sich folgendes vor. Die Regierung erhebt Abgaben auf Sprit, auf Heizöl, auf Erdgas, auf Kerosin, auf endliche Rohstoffe. Und nehmen wir weiter an: die Regierung gibt die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurück – wie in Basel. Dann erleben wir ein anderes Wachstum: Unternehmen und Privathaushalte, die Ressourcen sparen, werden mehr vom Staat herausbekommen, als sie über die Ökosteuer bezahlen. Und so umweltgerecht wirtschaften wie möglich. Im gleichen Maße wie die Wirtschaft anders wächst, wächst auch die soziale Sicherheit.

3: Ein neuer Umgang mit Geld

Geld soll den Menschen dienen und nicht der Spekulation. Geringe Zinsen sind im Kern richtig. Aber nur dann, wenn das Geldsystem sicherer, regulierter und langsamer wird. Das ist möglich. Wichtig sind hohe Eigenkapital-Anforderungen für die Banken und Schattenbanken, bei Banken empfehle ich 20 bis 25 Prozent. Dann brauchen sie nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden. Und: Da es um ihr eigenes Geld geht, dann werden die Banken vorsichtiger. Regulierung meint auch Verbote extremer Formen von Spekulation wie jener mit Nahrungsmitteln oder mit Rohstoffen. Und wir brauchen eine Entschleunigung durch eine Finanzumsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte.

4: Fairer Welthandel statt freier Welthandel

Klar ist: Die Globalisierung der Wirtschaft braucht eine Globalisierung der Politik. Beginnen wir in der Europäischen Union. Schaffen wir in allen Ländern gesetzliche Mindestlöhne. Trocknen wir die Steueroasen aus, schaffen wir Mindeststeuern in allen Ländern und sorgen wir dafür, dass alle Finanzämter anderen Finanzämtern Auskünfte über Steuerflüchtlinge erteilen. Dann wäre Europa bereits gerechter als heute. Und sorgen wir international dafür, dass nur Länder am internationalen Handel teilnehmen dürfen, die soziale Mindestauflagen einhalten, so dass nicht mehr billige T-Shirts oder andere Waren auf unsere Märkte kommen, die nur deshalb so billig sind, weil die Beschäftigten so wenig bekommen. Warum ist es heute möglich, ein Land zu Bußgeld zu verteilen, wenn es Waren aus anderen Ländern die Einfuhr verweigert, während Billigwaren ohne Bußgelder eingeführt werden können.

5: Ein Öko-Entwicklungsprogramm

Die Globalisierung der Wirtschaft erfordert auch eine Globalisierung von Gerechtigkeit und Umweltschutz. Deshalb braucht es ein globales ÖKO-Entwicklungsprogramm. Funktionieren wird es nur, wenn die Länder, die davon profitieren, auch einen Beitrag leisten. Die Länder des Südens einen kleinen, die reichen Länder einen großen. Stellen wir uns vor, die beteiligten Länder führen eine Finanztransaktionssteuer ein – oder eine internationale Steuer für Kerosin. Und stellen wir uns vor, ein Teil der Einnahmen fließt in einen Entwicklungsfonds. Dieser investiert, um in armen Regionen Einkommen zu schaffen – durch regionale Währungen, zinsfreie Kredite oder durch ein Grundeinkommen. Oder er investiert in die Versorgung mit sauberem Trinkwasser, in die Verbreitung der Solarenergie und Windenergie oder in den Schutz der Regenwälder. Das wären erste Schritte zu einer Entwicklung, die die Welt nicht zerstört.

Stellen Sie sich nun für einen Augenblick vor, diese fünf Schritte wären Wirklichkeit, dann wären die Bedingungen für ein faires Wirtschaften besser als je zuvor. Jetzt hat der Staat den Mut, den Reichtum gerechter zu verteilen – und möglichst vielen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Der Ökobonus schafft Anreize, so zu wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel auch in Würde leben können. Jetzt ist Spekulation teuer, dafür aber die Investition in die Menschen billiger. Eine globale Politik schützt die Menschen vor den kurzfristigen Rendite-Interessen der Konzerne. Jetzt sorgt ein Globaler Fonds dafür, dass sich alle Menschen entwickeln können, ohne die Welt zu zerstören.

Bleibt die Frage: Wie kommen wir dahin?

Erstens, wenn mehr Menschen Zeichen setzen für eine andere Lebens- und Wirtschaftsweise: indem sie fair gehandelte Waren, ökologisch produzierte Waren kaufen, indem sie weniger Fleisch essen, regional konsumieren, Geld ethisch anlegen, Ökostrom beziehen. Als Einzelne, als Familie, als Gemeinde, als Verein hatten wir nie mehr Macht als heute, weil es noch nie so viele Alternativen gab wie heute.

Zweitens: Es braucht jene Initiativen, die die Politik ständig fragen, bedrängen, mit ihren Forderungen nach Gerechtigkeit und Ökologie konfrontieren. Das kann frustrierend sein. Ich denke nur an die Klimaschützer. Andererseits zeigt die jüngste Geschichte: Nur weil Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang gegen Atomkraft demonstriert und mobilisiert haben, entschied sich die Politik nach der Katastrophe von Fukushima zur Umkehr, zur Abkehr von Atomkraft, zur Energiewende.

Das zeigt: Politik bewegt sich, wenn sich die Menschen bewegen. Schön wäre nur, wenn die Politik nicht für jede Umkehr eine Katastrophe brauchen würde.

Dr. Wolfgang Kessler
Chefredakteur von Publik-Forum

www.twitter.com/wolfgangkessler

Kessler: »Zukunft statt Zocken.
Gelebte Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft«
Publik-Forum Verlag, Oktober 2013

Kessler: »Geld regiert die Welt. Wer regiert das Geld?«
Publik-Forum Verlag, November 2011

Kessler/Schneeweiß: »Geld und Gewissen«
Publik-Forum Verlag, Mai 2010

www.publik-forum.de/shop

Warum ändert sich nichts, wo doch Veränderungen notwendig sind?

Gedanken zu einer schwierigen Frage

Mehrere Wochen habe ich Fachleute unterschiedlicher Erfahrungsbereiche mit dieser Frage behelligt. Warum brechen die Menschen, warum brechen wir selbst gerade in Umbruchzeiten nicht zu neuen Ufern auf? Warum sind Veränderungen und Aufbrüche gerade in Umbrüchen schwer? Folgende Antworten sind mir begegnet:

- Der wichtigste Grund aus der Sicht vieler Fachleute ist die Angst, die hinter der vermeintlichen Lockerheit vieler Menschen grassiert: Angst um das Geld, Angst um den Job, Angst vor Abstieg, Angst vor anderen. Der Philosoph Oskar Negt hat mir gesagt: Die Menschen brechen dann zu Veränderungen auf, wenn ihr Leiden größer ist als die Angst. In dem Augenblick, in dem die Angst größer ist als das Leiden, reagieren Menschen (struktur-)konservativ. Sie versuchen, für sich zu retten, was zu retten ist – und halten sich mit Engagement zurück. Sie wollen eher in ihrer Angst nicht gestört werden.
- Damit zusammenhängend scheuen wir/Menschen Veränderungen, weil wir/sie selbst Teil des Systems sind, das verändert werden soll. Das gilt für Unternehmen und Institutionen ebenso wie für Einzelpersonen. Noch ist es so, dass es mehr Gewinner als Verlierer unseres Wirtschaftssystems gibt. Deshalb leben alle die Spielregeln des Systems.
- Wenn wir über wirtschaftliche Veränderungen sprechen, dann fehlt häufig der Feind. Atomkraft, nein Danke, reicht als Kritik an der Atomenergie. Banken, nein Danke reicht nicht als Kritik am Finanzsystem. Im Gegensatz zu den 1980er Jahren steht den Menschen heute ein komplexes System gegenüber, das nicht immer einheitliche Feindbilder zulässt. Banken wird es immer geben – die Frage ist nur: welche. Aber dies ist eine sehr differenzierte Frage. Banken, nein Danke wäre als Antwort zu wenig. In der Wirtschaft, in Unternehmen, in Kirchen gilt immer das Gleiche: Menschen verändern sich und ihre Umwelt, wenn sie realisierbare Alternativen sehen, die für sie von Vorteil sind.
- Nach der Glücksforschung kommt es den Menschen zwar nicht auf eine Maximierung ihres Einkommens an – vorausgesetzt, sie haben einen bestimmten materiellen Standard erreicht. Ab einem bestimmten Einkommen macht ein neuer Fernseher oder ein neues Auto nicht mehr glücklicher. Andererseits messen die Menschen ihr Glück am vermeintlichen Glück ihres Umfeldes. Alle wissen um Schäden des Massenkonsums, kaufen aber dennoch möglichst viel. Sie fürchten, alleine mit ihren Idealen die Dummen zu sein, während alle anderen weitermachen wie zuvor.
- Wir leben zudem in einer Gesellschaft, in der sich feste Normen, feste Traditionen, feste Bindungen an Gemeinschaften ebenso auflösen wie feste Glaubensvorstellungen. Damit meine ich den christlichen Glauben ebenso wie andere Glaubensvorstellungen oder Grundüberzeugungen. Ein Prozess, der mehr Freiheit bringt, erschwert Veränderungen, weil die Menschen vereinzelt sind und keine gemeinsame Ethik als Grundlage für Veränderungen haben. Bedenkt man noch, dass Egoismus, Kosten-Nutzen-Denken und der Wunsch nach schnellem Erfolg 25 Jahre in Wissenschaft, Politik und Unternehmen, sogar manchmal in Kirchen, gepredigt und gefördert wurde, verwundert es nicht, dass das Ich wichtiger ist als das Wir.
- Politische Veränderungen werden oft durch die sogenannte Pfadabhängigkeit der Politik begrenzt: Pfadabhängigkeit, das bedeutet, dass Politik sich am liebsten auf den alten, langjährigen Pfaden bewegt. Dort sind Veränderungen möglich, dort sind auch Verschiebungen möglich: Eine höhere Mütterrente im herrschenden Rentensystem (Rentenpfad) zu verankern, ist verhältnismäßig einfach, ein Grundeinkommen zu realisieren, nicht. Das wäre eine Systemveränderung.
- Am Ende kommt hinzu, dass die Mächtigen besser organisiert sind als die Ohnmächtigen. In Brüssel arbeiten 750 fest bezahlte Lobbyisten der Finanzwirtschaft. Die Initiative Financial Watch als Gegenlobby fünf. Und Mächtige gibt es überall. Die starke Macht der Lobbyisten kann dennoch nur durch Gegenlobbys überwunden werden.

Es gibt also Gründe dafür, warum vielen Menschen die Kraft zu Utopien fehlt. Wie kann Veränderung gelingen? Aber wann tun Menschen das? Und in welchen Fällen gelingt es?

1. Menschen wollen Veränderungen, wenn ihr Leiden an den Umständen größer ist als die Angst oder wenn der Aussicht auf eine realisierbare Alternative die Angst überwinden hilft. Dies gelingt vor allem dann, wenn Veränderungen in Gemeinschaft mit anderen geschehen. Wenn die, die verändern und vielleicht sogar gegen den Strom schwimmen, von Anderen eine Bestätigung erfahren. Zu isoliertem Einzelkämpfertum sind nur wenige bereit.
2. Sozialpsychologen wie Micha Hilgers aus Aachen betonen, dass Menschen von Veränderungen immer selbst gewinnen wollen. Sie wollen einen sichtbaren Erfolg. Deshalb ist die Beteiligung an Aktionen für mehr Einkommen hoch. Wenn es bei Veränderungen nicht um die Steigerung des Einkommens geht, dann muss den Menschen, zum Beispiel den Käufern im Fairen Handel oder für Bioprodukte deutlich gemacht werden, worin ihr persönlicher Gewinn, ihr Nutzwert liegt, wenn sie dies oder jenes anders machen/kaufen als die Mehrheit.
3. In allen erfolgreichen Alternativ-Modellen, die ich kenne (selbstverwaltete Betriebe, alternative Banken wie die GLS, gut laufende und politisch agierende Weltläden, Genossenschaften) spielen einzelne Persönlichkeiten eine große Rolle, aber nicht im Sinne eines Personenkultes, sondern als herausragende Persönlichkeiten, die akzeptiert werden, weil sie Mitsstreiter achten. Dieser Punkt ist deshalb wichtig, weil die Profilierung von Einzelpersonlichkeiten in manchen Alternativkulturen nicht sehr geachtet wird. Sie kann aber notwendig sein, wenn sie nicht missbraucht wird.
4. In alternativen Projekten selbst sind Gemeinsamkeit, Offenheit für die Außenwelt und Vernetzung die Zauberwörter. In allen alternativen Projekten gibt es Konflikte, weil sie naturgemäß nicht so eingefahrenen Pfaden folgen wie konventionelle Projekte. In solchen Alternativen helfen oft Rituale, da sie die Gemeinsamkeit stärken. Und es hilft die offene Austragung von Konflikten. Nachdem sie offen ausgeräumt worden sind, sind meist alle stärker als zuvor, weil sie gemeinsame Überzeugungen und Selbstbewusstsein gewonnen hatten.
5. Auch in alternativen Projekten/Modellen muss eine Entwicklung stattfinden. Sie sollten sich nicht dem Zeitgeist anpassen, dürfen aber auch die Zeichen der Zeit nicht missachten, sondern trocken sie aus oder werden zu Generationenprojekten. Zum Beispiel brauchen natürlich auch Weltläden und Alternativbanken einen Online-Sektor – auch sie müssen ihre Angebote ständig überprüfen ebenso wie ihre Öffentlichkeitsarbeit. Ein Beispiel: Wenn sich zeigt, dass die Öffentlichkeit zur Kultur neigt, dann sollten auch Weltläden weniger Vorträge anbieten und dafür mehr Filme plus Gespräche, Theater oder Lesungen.
6. Politische Veränderungen sind leichter, wenn sie die Pfadabhängigkeit des Denkens und Handelns in der Politik respektieren, also an vorhandenen Strängen ansetzen. Das erleichtert die Argumentation. Zum Beispiel: Die Förderung von erneuerbaren Energien passte gut in den Pfad der Politik, denn Politik hat eine lange Erfahrung mit der Förderung von wirtschaftlichen Prozessen. Auf diese Weise ließe sich auch der ökologische Landbau fördern, oder die Einführung von Elektroautos.
7. Veränderungen eines Gesamtsystems sind viel schwieriger, aber nicht unmöglich. Erfolgreich werden sie aber nur sein, wenn viel Vorfeldarbeit geleistet wurde und wenn es einen großen Konsens in der Gesellschaft gibt. Bestes Beispiel: die Energiewende. Es gab und gibt eine Mehrheit gegen die Atomkraft in Deutschland – und es gab und gibt eine Vielzahl erprobter Alternativen zur Atomkraft. Schwieriger wäre die Einführung eines anderen Finanzsystems oder eines Grundeinkommens: Zwar gibt es alternative Bankenmodelle wie die GLS, doch für den Umbau des Finanzsystems nach diesem Muster gibt es (noch) keinen Konsens. Große Systemveränderungen wie eine Demokratisierung der Wirtschaft oder die Einführung eines Grundeinkommens sind nicht unmöglich, bedürfen aber einen breiten und jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit – nach dem Muster der Anti-Atom-Bewegung.